

Wilsdruffer Tageblatt

Verantwortlicher Redakteur: Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Abdruck dieses Blattes ist gestattet, wenn die Gebühren für den Druck und die Kosten für den Vertrieb durch den Verleger zu bestreiten sind. Die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit der Nachrichten überläßt der Redaktion. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Verhältnisse, welche die Lieferung der Zeitung oder die Ausgabe des Blattes verhindern, ist der Verleger nicht verantwortlich.



Abdruck dieses Blattes ist gestattet, wenn die Gebühren für den Druck und die Kosten für den Vertrieb durch den Verleger zu bestreiten sind. Die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit der Nachrichten überläßt der Redaktion. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Verhältnisse, welche die Lieferung der Zeitung oder die Ausgabe des Blattes verhindern, ist der Verleger nicht verantwortlich.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Reichen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Zichauke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inseratenteil: Arthur Zichauke, beide in Wilsdruff.

Nr. 61.

Sonntag den 13. März 1921.

80. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

Auf Blatt 131 des hiesigen Handelsregisters ist heute die Firma Heinige & Co. in Wilsdruff und als deren Inhaber sind die Kaufleute Walter Curt Heinige und Gustav Richard Bruno Ränigsch, beide in Wilsdruff, eingetragen worden.

Angeregelter Geschäftszweig: Betrieb einer Obst- und Beerenweinkellerei sowie Handel mit Wein und Branntwein.

Amtsgericht Wilsdruff, am 2. März 1921.

Fettverteilung.

Auf den Abschnitt D der Landesfettkarte und auf die Krankenbutterkarten werden auf die Zeit vom 14. bis 20. März 1921 60 Gramm Butter ausgegeben.

Reichen, am 11. März 1921.

Nr. 266 II O. Kommunalverband Reichen-Land.

Wir bitten höflich, Anzeigen bis 10 Uhr vormittags aufzugeben.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Infolge der Auflösung der Reichstagskommission zum 1. Juli wird bereits von der Präfekturkommission an die Zwangsverwaltung übergeben.
- * Zum Oberreichlichen Gesandten in Berlin ist Sektionschef Mehl ernannt. Er hat sich bereits aus.
- * Die Gemahlin des ermordeten spanischen Ministerpräsidenten Dato hat die Würde einer Herzogin erlangt.
- * Über Helsingfors wird gemeldet, daß sich ganz Petersburg in den Händen der Russen befinden soll.

Geht es zu Ende?

Wie oft ist nicht schon den Führern der russischen Revolution das Ende ihrer Herrschaft prophezeit worden, und wie oft sind sie nicht aus den schwierigsten Lagen immer wieder als Sieger hervorgegangen! Alle Versuche der Entente, die Moskauer Sowjetgewalt mit bewaffneter Hand zu beseitigen, sind, unter riesenhaften Opfern an Gut und Blut, gescheitert, die Sowjetregierung wußte sich der ganzen Kulturwelt zum Trost zu behaupten, und selbst aus der Niederlage in Polen so heimlich mit heilen Gliedern wieder herauszukommen. Nun ist der Winter, der vierte, den das russische Volk unter dem Banner der Lenin und Trotzki zu leben verurteilt war, fast überstanden — und plötzlich brechen in Moskau und Petersburg Arbeiter- und Bauernaufstände aus, die nicht nurgerade zu unterdrücken sind. Wieder tut eine Welle wilder Bürgerkriege durch das ganze Land. Auf beiden Seiten wird mit Aufbietung aller modernen Kampfmittel gekämpft, und wenn auch nur die Hälfte der zu meist über Finnland verbreiteten Berichte vom Kriegsschauplatz der Wahrheit entspricht, dann darf man diesmal auf eine überlegene Führung im Lager der Aufständischen schließen, die selbst der vorkriegswärtigen Taktik und Strategie der Moskauer Herrschaft gefährlich werden könnte. Schon soll Petersburg von ihnen genommen sein, und die Sowjetente sollen um Verhandlungen gebieten haben. Wer sich mit ihnen auf solches Parolen einläßt, hat bis jetzt allerdings stets den Kürzeren gezogen. Warten wir ab, ob auch General Koslowoff, der militärische Vetter dieser neuesten Erhebung, ihnen den Befehl tun wird.

Männer wie Lenin und Trotzki und Sinotjew über eine Revolution lammern zu hören, ist allerdings ein eigenartiger Genuß. Ihre Herrschaft ist auf Gewalt gegründet und hat sich nur durch Gewalt diese vier Jahre hindurch zu behaupten vermocht. Was aus Rußland inzwischen geworden ist, haben sie trotz größter Anstrengungen auf die Dauer nicht verheimlichen können. Woher trotzdem jetzt plötzlich die Kraft zum Widerstand gekommen ist, scheint vorläufig ein Rätsel. Selbst wenn man annimmt, daß auch diesmal wieder ausländische Hilfe sich eingestellt hat, um in Verbindung mit heimischen Gegenrevolutionären einen neuen Stroh gegen Moskau zu wagen, so muß doch die Hauptarbeit bei diesem Unternehmen von russischen Kräften geleistet werden, zumal es sich durchaus nicht um wenige zentrale Vorhölzer von Kronstadt oder Petersburg oder Moskau aus handelt, sondern die Antikommunisten sich fast wie auf ein Signal hin zugleich im Osten und Westen, im Norden und Süden des gewaltigen Reiches erhoben haben. Soweit man bis jetzt im Ausland unterrichtet ist, kann nur die ungeheure Verschärfung der Lebensmittellieferungen den Anstoß zu dieser Bewegung gegeben haben. Denn sie zwang die Räubherrschaft zu Maßnahmen, die nun auch die bis dahin nach Möglichkeit geschonten Industriearbeiter rebellisch machten, sie nötigte sie zu neuartigen Anschlägen gegen die Bauern, die auch das Land unruhig machten, und sie führte zu Kontrollvorschriften im Güter- und Personenverkehr, die mit wüthender Aufbegehren der Bauernschaft beantwortet wurden. So mögen nun wohl auch die geduldeten Teile des russischen Volkes eingeschlagen haben, daß diese Regierung mit ihrem Latein völlig zu Ende ist. Kein Friede nach außen, und Hunger und Elend ohne Gleichen im Innern! Da rafft man die letzte Kraft zusammen — und siehe da, es lebt, weil auch die rote Armee vor der überwältigenden Macht der Entente den Dienst verläßt. Wieder soll Trotzki die Situation retten. Er wird zum Diktator gemacht und läßt seine Kanonen aufrollen wie einst. Aber kein Name scheint die frühere Inzucht verloren zu haben. Ihm bliebe wohl nur der eine Ausweg, rasch irgendwo eine „nationale“ Gefahr heraufzubekommen, etwa an der polnischen oder an der rumänischen Grenze, um die Inzucht der Masse von den inneren Verhältnissen abzulenken. Die nötige Verwegenheit dazu wäre ihm gewiß ohne weiteres zuzutrauen, und in der Tat wird in schon

aus Moskau gemeldet, daß die Friedensverhandlungen mit den Polen, an denen man sich dort schon viele, viele Monate lang abquält, von russischer Seite abgebrochen worden seien. Aber reicht es wohl noch zu einem neuen Feldzug gegen ausgerüstete Feinde? Würde das Verhängnis dann nicht vielleicht noch rascher über Sowjetrußland hereinbrechen? Unter Rat ist teuer, diesmal auch für den roten Jaren in Moskau.

Deutschland kann diesen Vorgängen nur mit ziemlich unbeteiligtem Mienenpiel zuschauen. Wird das Sowjetregiment gestürzt, so stehen die Retter Rußlands natürlich schon vor der Tür: England und Frankreich und Amerika. Sie werden dann endlich auch im Osten die Welt ganz und gar unter sich teilen, selbstverständlich nicht auf dem eigenen Eigentum, sondern um ihr herrliches Friedenswerk zu vollenden. Welche Rolle dabei dem von Rußland künstlich abgeschnürten deutschen Volke, seiner Arbeit, seinem Handel zugewiesen werden wird, davon kann man sich je nach den neuesten Gewaltmaßnahmen im Westen wohl ein ungefähres Bild machen. Dann erst würden die Menschheitsbeglückter der Entente völlig freie Bahn für ihr prachtvolles Liebeswerk in Europa haben, und die Russen werden sich bei ihnen noch dankbar bedanken müssen, daß nun auch sie der Aufnahme in den Völkerbund und sonstiger himmlischer Wohlthaten aus dem Hühnerhorn der Brand und Lloyd George teilhaftig werden sollen. Dr. Sa.

Eingreifen der französischen Flotte.

Besehung von Reval.

Wie über Kopenhagen gemeldet wird, greifen anscheinend jetzt die Franzosen mit Wassengewalt in den russischen Bürgerkrieg ein.

Es sind nämlich mehrere im Baltischen Meer kreuzende französische Torpedoboote und mehrere Kreuzer plötzlich mit unbekanntem Ziel abgedampft. Wie aus französischen Kreisen mitgeteilt wird, haben sie Befehl erhalten, sofort Kronstadt anzuliegen, um dort gemeinsam mit den alliierten französischen Matrosen, die in Gegenwart von Petersburg und Moskau stehen, zu operieren.

Wie aus Reval gemeldet wird, sind leichte französische Seestreitkräfte im Hafen eingelaufen, haben mehrere Abteilungen an Land gesetzt und von Reval Befehl erteilt, Unermegliche Vorräte, die für die Volksgewissen bestimmt und zum Abtransport dort eingelagert waren, sind beschlagnahmt worden. Auch Narva soll besetzt sein.

Die Gewaltmaßnahmen der Alliierten

Bestimmte Kritik an Lloyd George.

Trotz seiner selbstbewußten Haltung mußte der englische Premierminister scharfe Angriffe in der letzten Sitzung des Unterhauses über sich ergehen lassen, denen er kaum etwas Erhebliches entgegenzusetzen hatte. Die Kritik an der Politik gegen Deutschland ging von der Arbeiterpartei aus. Ihr Führer Clynes sagte, während alle Welt ein Übereinkommen mit Deutschland erwartete, sei unvermutet zu rüben Gewaltmaßnahmen getroffen, deren Ende nicht abzusehen sei. Die Ansicht der Arbeiterpartei sei, daß keineswegs alle Mittel erschöpft wurden, um eine Lösung auf dem Wege eines Übereinkommens zu erreichen. Die Arbeiterpartei sei der Ansicht, daß die Anwendung von Sanktionen wahrcheinlich die suchbaren wirtschaftlichen Schwierigkeiten Englands nur noch erhöhen werde. Die bisher angewandten Maßnahmen machten Deutschland unfähig, zu zahlen, und durch die in der Reparationsfrage von den Alliierten besetzte Politik werde dem Empfänger größerer Schaden zugefügt, als dem zahlenden Teil. Unter dem Vorwand der Liquidation fragte Clynes, wieviel von diesen letzten Beschlüssen auf Rechnung Frankreichs und wie wenig davon auf Rechnung Englands komme. Niemals könne von Deutschland etwas durch militärische Maßnahmen eingetrieben werden, nur den Ruin Europas bereite man auf diesem Wege vor.

Lloyd George verteidigte sich schwächlich, klagte das Vorwiegen des französischen Einflusses und wußte keinen stärkeren Trumpf anzuspitzen als denjenigen, die Rede Clynes werde Deutschland in seinem Widerstand bekräftigen. Deutschland könne seinen Export nicht einstellen, da es sonst von einer furchtbaren Arbeitslosigkeit heimgegriffen werde.

Redezweikampf Stinnes-Simons.

Aussprache im Auswärtigen Ausschuss

Im Reichstagsgebäude zu Berlin wurde die Aussprache des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten über die Londoner Konferenz fortgesetzt.

Der völkerechte Abgeordnete Hugo Stinnes übte Kritik an der Haltung des Dr. Simons in London

und an der gesamten auswärtigen Politik der Regierung. Es sei keine führende Idee, keine Planmäßigkeit zu erkennen. Kennzeichnend dafür sei die Ratlosigkeit innerhalb des Kabinetts unmittelbar vor der Konferenz, die Tatsache, daß man zu so wichtigen Verhandlungen einen Delegierten entsende, ohne ihn genau formulierte Beschlüsse mitzugeben. Die ganze Art, wie von der Delegation in London verhandelt worden sei, lasse einen felsenfesten Gedanken vermissen. Dr. Simons erwiderte u. a., er nehme gern von Herrn Stinnes Ratsschläge entgegen, müsse diesen aber darauf hinweisen, daß er, Dr. Simons, nicht „der junge Mann“ des Herrn Stinnes sei.

Ferner kamen noch zu Wort Graf Westarp von den Deutschnationalen, der Herrn Stinnes beistimmte, und Dr. Freyscheid von den Unabhängigen, der ebenfalls die mangelhafte Vorbereitung für die Londoner Konferenz kritisierte. Der demokratische Abg. Gaußmann stellte sich dagegen an die Seite des Außenministers.

Man hält die Stellung Dr. Simons trotz der gegen ihn erhobenen Angriffe keineswegs für erschüttert. Die Behauptung der englischen Presse, der Reichsminister des Auswärtigen hätte bei seiner Abreise aus London einem Pressevertreter gegenüber geäußert, er hoffe, bald wiederzukommen, wird amtlich als erfunden bezeichnet.

Zweifelhaftige Haltung Amerikas.

Bei den Alliierten weiß man nicht recht, was man aus der Haltung Amerikas machen soll. Es steht nicht fest, ob die anscheinend in der Koblenzer Zone verbleibenden amerikanischen Truppen die geplanten Zollabsperzungen dulden werden.

Aus Koblenz wird dem „New York Herald“ in Paris gemeldet, die Rheinland-Oberkommission sei zu dem Beschluß gekommen, daß in der Gerichtsbarkeit der Zollgrenze gegen das rechtsrheinische Deutschland nichts ohne die Mitarbeit oder wenigstens das Einverständnis der amerikanischen Truppen unternommen werden könne. General Allen, der amerikanische Befehlshaber, habe „keine Instruktion über diese Angelegenheit aus Washington erhalten. Man erwarte, daß die Alliierten mit der amerikanischen Regierung verhandeln werden, aber inzwischen herrsche Verwirrung.

Der Präsident des Finanzausschusses des amerikanischen Senates erklärte, der Ausschuss werde sich bemühen, Feststellungen über die in London getroffenen Beschlüsse, die Reparationsfragen betreffend, vorzunehmen und die möglichen Wirkungen dieser Beschlüsse auf die amerikanischen Interessen eingehend studieren. Es handle sich darum, Gewißheit über die Frage zu erlangen, ob die verlangten Reparationen ausführbar seien oder nicht und ob die Einführung eines Exportzolls von 12 1/2 Prozent zum Schaden der Vereinigten Staaten ausschlagen werde.

Neue Anordnungen.

In bezug auf die Durchführung der Zwangsmaßnahmen meldet Havas aus Reval, daß die militärischen Operationen auf dem rechtsrheinischen Ufer abgeschlossen sind und daß der General Degoutte nach Mainz zurückkehrte. Für die Erhebung der neuen Ein- und Ausfuhrzölle am Rhein arbeiten die Sachverständigen einen Spezialtarif aus, der nur auf den Warenantrieb zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet Anwendung finden soll. In Düsseldorf wurde eine Verordnung der Besatzungsbehörde angeschlagen, wonach jeder Person, die öffentlich etwas feil bietet, verboten wird, den Besatzungsbehörden Waren zu einem höheren Preise zu verkaufen, als ihnen Einheimische zu bezahlen haben. Alle Personen, deren Worte oder Verhalten einen beleidigenden Charakter gegenüber den Mitgliedern der alliierten Besatzungsarmee oder auch Fahnen zeigen, würden bestraft werden. Unter sagt wird, auf öffentlichen oder privaten Gebäuden oder an öffentlichen Orten nationale Fahnen oder andere Fahnen zu hissen oder nationale Farben zu zeigen.

Sympathieumgebung aus Österreich.

Im Nationalrat hielt der Präsident Dr. Weiskirchner eine Rede über die Vergewaltigung Deutschlands, die lebhaft angehört wurde. Er sagte u. a.: Es ist ein Verhängnis und ein Unglück nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Welt, daß der gute Wille des deutschen Volkes in London nicht erkannt und daß Mißtrauen und Vorurteil dort noch nicht überwunden worden sind. Deutsche Städte müssen als Vandalen einer Gewaltthat dienen, welche zur tiefsten Trauer aller wirklichen Friedensfreunde den Feiertag der großen Völkerveröhnung wieder in unabsehbarer Ferne rückt. Noch tiefer aber müssen notwendigerweise wir durch das, was unsern Brüdern im Reich in diesen Tagen geschieht, und Schmerzlich getroffen fühlen. Mit der Rundgebung brüderlicher Teilnahme für unsere schwerverwundeten Volksgenossen